

Volz, Joachim

Article

Italien: Beschäftigungsausweitung bei abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit gefährdet

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Volz, Joachim (2004) : Italien: Beschäftigungsausweitung bei abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 71, Iss. 50, pp. 783-789

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151346>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Italien: Beschäftigungsausweitung bei abnehmender internationaler Wettbewerbsfähigkeit gefährdet

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Italien schaffte es in den 90er Jahren trotz schwieriger Ausgangsbedingungen für die öffentlichen Haushalte mithilfe einer harten Konsolidierungspolitik, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen und Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu werden. Dies ging allerdings auf Kosten des Wirtschaftswachstums. Dabei verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage bis weit in die 90er Jahre erheblich. Die Zahl der Erwerbstätigen ging um fast ein Zehntel zurück, und die Arbeitslosenquote stieg von rund 8½ % (1991) auf knapp 12 % (1998). Im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung gelang es, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2003 wieder auf das frühere Niveau zu senken. Obwohl sich das Wirtschaftswachstum schon seit 2001 stark abgeschwächt hat, kam es in den vergangenen Jahren zu einem deutlichen Beschäftigungsaufbau, der im europäischen Vergleich beeindruckend ist. Allerdings mehren sich Befürchtungen, dass für diese Entwicklung das Ende naht. Die italienische Wirtschaft zeigt Schwäche-symptome insbesondere in Hinblick auf die Entwicklung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Bis 1992 hatte sich die außenwirtschaftliche Lage in Italien so zugespitzt, dass es zu einer kräftigen Abwertung der Währung kam. In der Folge verbesserte sich die Leistungsbilanz bei kräftig steigenden Exporten spürbar, aber die inländische Nachfrage blieb schwach; erst 1994 verstärkte sich – im Fahrwasser einer erheblich gelockerten Geldpolitik – der konjunkturelle Auftrieb. Die außenwirtschaftlich induzierte Aufwärtsentwicklung hielt zunächst auch deswegen an, weil der Anstieg der Verbraucherpreise und der Lohnstückkosten aufgrund der Abschaffung der „scala mobile“, der indexgebundenen automatischen Lohnsteigerungen, im Vergleich zu früheren Aufschwüngen gering blieb. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit konnte zunächst jedoch lediglich gebremst werden.

Ende der 90er Jahre verbesserten sich die Bedingungen nochmals. Folgende Faktoren begünstigten die wirtschaftliche Entwicklung:

- Der starke finanzpolitische Konsolidierungsdruck im Zusammenhang mit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien ließ nach.
- Der europaweite konjunkturelle Aufschwung seit 1997 erhöhte zunächst die Exportnachfrage.
- Bereits mit der Erwartung des Beitritts zur Eurozone sanken die Zinsen kräftig und deutlich stärker als im Euroraum insgesamt.

Auch die realen Zinsen gingen zurück und wurden bis 2003 sogar negativ (Abbildung 1).

Wie in vielen anderen europäischen Ländern erreichte der Aufschwung im Jahre 2000 seinen Höhepunkt. 2001 verschlechterte sich die Lage rasch, und die Jahre 2002/2003 waren durch eine annähernde Stagnation geprägt (Tabelle). Dabei ging das Wachstum stärker zurück als in den meisten anderen OECD-Ländern. Seit dem vergangenen Jahr hat sich die Konjunktur wieder etwas erholt, bleibt indes weiter schwächer als im Durchschnitt des Euroraums.

Die Beschäftigung entwickelte sich seit 1998 auffallend günstig, obwohl die Wirtschaft seit 2001 nur wenig expandierte oder sogar nahezu stagnierte. Ein etwas detaillierter Blick auf den Arbeitsmarkt soll diese Entwicklung und ihre Hintergründe beleuchten.

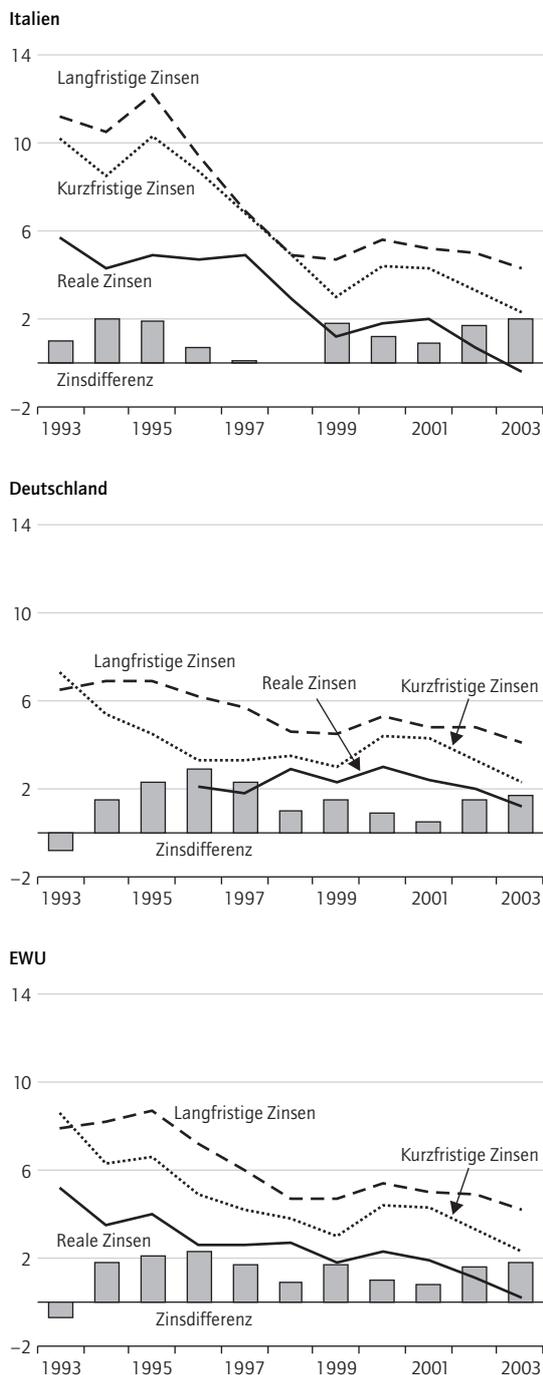
Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Die Zahl der Erwerbstätigen steigt bereits seit 1996, und die Arbeitslosenquote geht seit 1999 kontinuierlich zurück (Tabelle). Dabei ist Italien das einzige OECD-Land, in dem in den letzten Jahren die Beschäftigung deutlich schneller zugenommen hat als die Erwerbsbevölkerung.¹ Von 2001 bis 2003

¹ Vgl. OECD Employment Outlook 2004, S. 20.

Abbildung 1

Kurz- und langfristige Zinsen in Italien, Deutschland und der EWU 1993 bis 2003
In %



Quelle: OECD.

DIW Berlin 2004

stieg die Beschäftigung stärker als das Bruttoinlandsprodukt – ebenfalls ein in den anderen Ländern nur selten beobachtetes Phänomen.

Der Anstieg der Zahl der Beschäftigten wurde vielfach mit der Zunahme von Teilzeit erklärt; rück-

blickend lässt sich dies aus der Statistik jedoch nicht ablesen – die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg nicht nennenswert. Allerdings gibt es keine genauen Informationen über die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten. Die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten ging von 1999 bis 2003 leicht zurück, um etwa 1,6%.² Die Zahl der Erwerbstätigen ist dagegen seit 1999 um rund 7% gestiegen, so dass auch das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – gemessen in Stunden – spürbar zugenommen haben dürfte. Nach Schätzungen der italienischen Notenbank³ ging der Zuwachs an Beschäftigung in den Jahren 2001 und 2002 zu etwa 85% auf eine Erhöhung der Zahl der unbefristet Vollzeitbeschäftigten zurück und zu etwa 15% auf eine Erhöhung der Zahl der Vollzeitbeschäftigten mit Zeitvertrag. Diese Relation innerhalb des Beschäftigungszuwachses hat sich bis 2003 noch etwas zugunsten der unbefristet Vollzeitbeschäftigten verschoben. Damit liefert der italienische Arbeitsmarkt keine Unterstützung für die Hypothese, dass größere Flexibilität am Arbeitsmarkt – beispielsweise in der Gestaltung der Arbeitszeit oder des Kündigungsrechts – zu mehr Beschäftigung führt.

Wichtigster Grund für die Beschäftigungsausweitung waren wohl die von Oktober 2000 bis in das Jahr 2003 hinein gewährten Steuervorteile für Unternehmen im Rahmen der Tremonti-Gesetzgebung, die unter Wahrung bestimmter Kriterien neue Dauerarbeitsplätze schufen. Die Förderung je neuen Vollzeit-Arbeitsplatz entsprach einem Betrag von 413 Euro monatlich (im Süden Italiens sogar rund 620 Euro).

Die Zunahme der Zahl der registrierten Beschäftigten ist teilweise allerdings auch Folge strengerer Kontrollen bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und einer Überführung der entsprechenden Beschäftigungsverhältnisse in den regulären Arbeitsmarkt mit legalisierenden Übergangsregelungen (vorübergehende Strafbefreiungen, Herabsetzung der Anforderungen an die Arbeitsplatzsicherheit u. a.).

Produktivitäts- und Lohnstückkostentwicklung unbefriedigend

Spiegelbild der sich abschwächenden Konjunktur bei weiterem Beschäftigungsaufbau in den letzten Jahren war ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Eine solche Entwicklung ist in Abschwächungsperioden nicht ungewöhnlich: Der Rückgang der Neueinstellungen und die Zu-

² Ebenda, S. 312.

³ Banca d'Italia, Economic Bulletin, Nr. 25, November 2002, S. 26 f.

Tabelle

Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren in Italien, Deutschland und dem Euroraum 1993 bis 2003

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Italien											
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,9	2,2	2,9	1,1	2,0	1,8	1,7	3,0	1,8	0,4	0,3
Inlandsnachfrage	-5,1	1,7	2,0	0,9	2,7	3,1	3,2	2,3	1,4	1,3	1,2
Privater Konsum	-3,7	1,5	1,7	1,3	3,2	3,2	2,6	2,7	0,8	0,5	1,3
Staatskonsum	-0,2	-0,9	-2,2	1,0	0,2	0,2	1,3	1,7	3,9	1,9	2,2
Anlageinvestitionen	-10,9	0,1	5,9	3,7	2,1	4,0	5,0	6,9	1,9	1,2	-2,1
Exporte	9,0	9,8	12,6	0,6	6,4	3,4	0,1	9,7	1,6	-3,4	-3,9
Importe	-10,9	8,1	9,7	-0,3	10,1	8,9	5,5	7,1	0,5	-0,2	-0,6
Erwerbstätige im Inland	-2,5	-1,5	-0,1	0,6	0,4	1,0	1,1	1,9	2,0	1,8	1,2
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	10,1	11,0	11,5	11,5	11,6	11,7	11,3	10,4	9,4	9,0	8,6
Verbraucherpreise ¹	4,5	4,2	5,4	4,0	1,9	2,0	1,7	2,6	2,3	2,6	2,8
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	0,8	1,2	2,3	3,2	2,9	1,9	0,7	-0,5	-0,1	-0,8	-1,4
Bruttoschuldenstand (in % des nominalen BIP)	118,7	124,8	124,3	123,1	120,5	116,7	115,5	111,2	110,6	107,9	106,2
Finanzierungssaldo (in % des nominalen BIP)	-10,3	-9,3	-7,6	-7,1	-2,7	-2,8	-1,7	-0,6	-2,6	-2,3	-2,4
Deutschland											
Bruttoinlandsprodukt, real	-1,1	2,3	1,7	0,8	1,4	2,0	2,0	2,9	0,8	0,1	-0,1
Inlandsnachfrage	-1,1	2,3	1,7	0,3	0,6	2,4	2,8	1,9	-0,8	-1,9	0,5
Privater Konsum	0,1	1,1	2,1	1,0	0,6	1,8	3,7	2,0	1,7	-0,7	0,0
Staatskonsum	0,1	2,4	1,5	1,8	0,3	1,9	0,8	1,1	1,0	1,9	0,1
Anlageinvestitionen	-4,4	4,0	-0,6	-0,8	0,6	3,0	4,1	2,7	-4,2	-6,4	-2,2
Exporte	-5,5	7,6	5,7	5,1	11,2	7,0	5,5	13,5	5,7	4,1	1,8
Importe	-5,5	7,4	5,6	3,1	8,3	9,1	8,4	10,6	1,0	-1,6	4,0
Erwerbstätige im Inland	-1,4	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	1,1	1,2	1,8	0,4	-0,6	-1,0
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	7,7	8,2	8,0	8,7	9,7	9,1	8,4	7,8	7,8	8,7	9,6
Verbraucherpreise ¹	.	.	.	1,2	1,5	0,6	0,7	1,4	1,9	1,3	1,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	-0,5	-1,1	-0,8	-0,3	-0,1	-0,3	-1,1	-1,4	0,1	2,2	2,3
Bruttoschuldenstand (in % des nominalen BIP)	46,9	49,3	57,0	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	59,4	60,9	64,2
Finanzierungssaldo (in % des nominalen BIP)	-3,1	-2,4	-3,5	-3,4	-2,7	-2,2	-1,5	-1,2	-2,8	-3,7	-3,8
Euroraum											
Bruttoinlandsprodukt, real	-0,8	2,4	2,2	1,4	2,3	2,9	2,8	3,5	1,6	0,8	0,5
Inlandsnachfrage	-2,1	2,1	2,1	1,1	1,7	3,5	3,5	3,0	1,0	0,3	1,2
Privater Konsum	-0,9	1,4	1,8	1,6	1,5	3,0	3,5	2,8	1,9	0,6	1,0
Staatskonsum	1,5	1,2	0,8	1,7	1,4	1,4	1,8	2,3	2,4	3,1	1,7
Anlageinvestitionen	-6,0	2,4	2,4	1,3	2,4	5,2	6,0	4,9	-0,3	-2,7	-0,6
Exporte	0,6	9,0	7,9	4,5	10,5	7,4	5,2	12,2	3,3	1,7	0,1
Importe	-4,3	8,4	7,6	3,3	8,9	10,0	7,4	11,1	1,6	0,3	2,1
Erwerbstätige im Inland	-1,7	-0,4	0,8	0,2	0,8	2,0	1,8	2,2	1,4	0,6	0,2
Standardisierte Arbeitslosenquote (in %)	10,2	10,8	10,6	10,8	10,8	10,2	9,4	8,4	8,0	8,4	8,8
Verbraucherpreise ¹	3,4	2,8	2,6	2,3	1,6	1,2	1,1	2,1	2,3	2,3	2,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des nominalen BIP)	0,9	0,3	-0,5	-1,2	-0,2	0,8	0,4
Bruttoschuldenstand (in % des nominalen BIP)	66,2	68,9	73,6	75,2	74,9	74,2	72,7	70,4	69,5	69,4	70,7
Finanzierungssaldo (in % des nominalen BIP)	-5,7	-5,1	-5,0	-4,3	-2,6	-2,2	-1,3	-1,0	-1,7	-2,4	-2,7

¹ Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

Quellen: Europäische Kommission; Eurostat; Statistisches Bundesamt; EZB; Berechnungen des DIW Berlin.

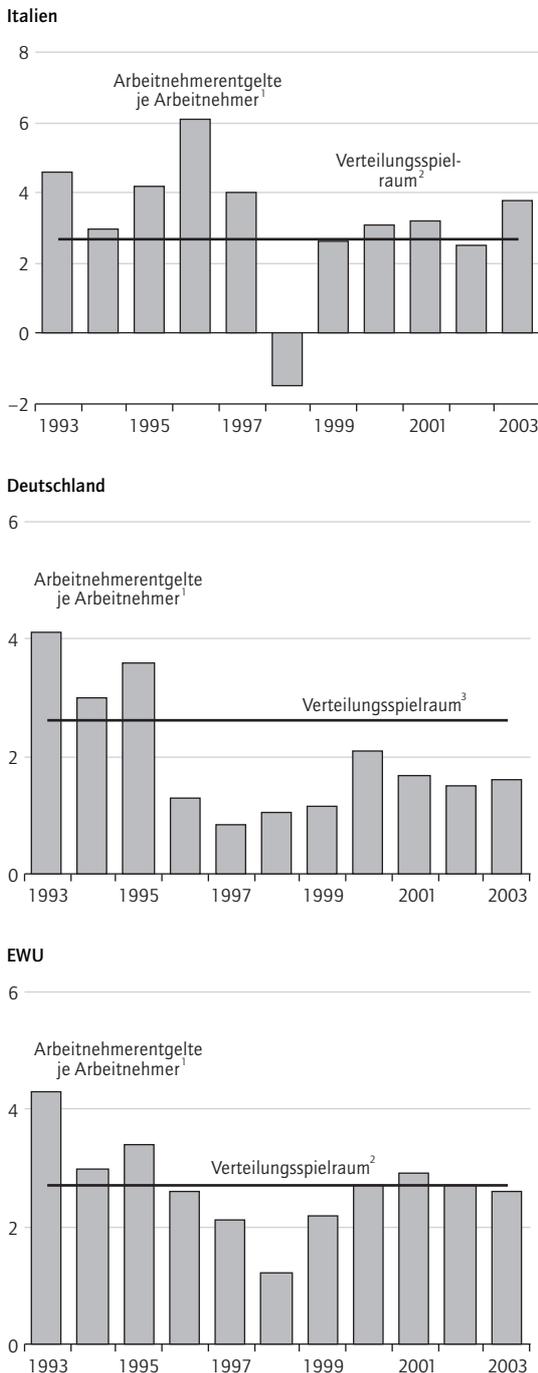
DIW Berlin 2004

nahme der Entlassungen folgen dem konjunkturellen Abschwung zumeist erst allmählich. Dies gilt insbesondere bei relativ hohen Entlassungskosten wie in Italien. Der Rückgang der Produktivität ist dann auch mit einer ungünstigen Lohnstückkostenentwicklung verbunden – ein Aspekt, der in

den letzten Jahren zunehmend von der italienischen Industrie beklagt wurde und seinen Ausdruck auch in der Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Lage findet. Der verteilungsneutrale Lohnerhöhungsspielraum wurde dabei in den letzten zehn Jahren zumeist überschritten (eine Ausnahme war

Abbildung 2

Verteilungsspielraum in Italien, Deutschland und der EWU 1993 bis 2003



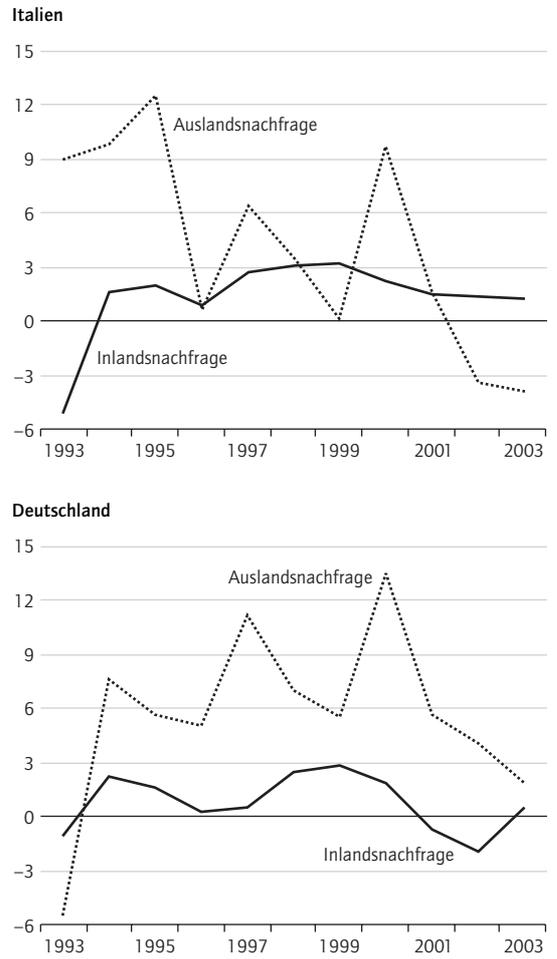
- 1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
- 2 Inflationswert (1,5 %) plus jahresdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritt im Zeitraum 1993 bis 2003 (1,2 %).
- 3 Inflationswert (1,5 %) plus jahresdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritt im Zeitraum 1993 bis 2003 (1,1 %).

Quellen: Europäische Kommission; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2004**

Abbildung 3

Inlands- und Auslandsnachfrage in Italien und Deutschland 1993 bis 2003

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr



Quellen: Europäische Kommission; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2004**

1998) – im Gegensatz etwa zu Deutschland, wo der Spielraum deutlich ungenutzt blieb, aber auch zum Euroraum insgesamt, wo er grosso modo annähernd ausgeschöpft wurde (Abbildung 2). Die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe stiegen in den letzten Jahren in Italien etwa doppelt so schnell wie im Euroraum und mehr als dreimal stärker als in Deutschland.⁴ Dabei entwickelte sich zwar die Inlandsnachfrage vergleichsweise etwas besser, die Auslandsnachfrage jedoch deutlich schlechter als in Deutschland (Abbildung 3); so ist der Ende der 90er Jahre noch beachtliche Leistungsbilanzüberschuss einem zunehmenden und inzwischen hohen Leistungsbilanzdefizit gewichen.

⁴ OECD Employment Outlook 2004, S. 236.

Die Divergenz bei den Lohnstückkosten schlug sich auch in der Preisentwicklung nieder. Der Preisanstieg – gemessen an der Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – war im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2004 mit rund 2½ % etwa einen halben Prozentpunkt höher als im Euroraum und einen Prozentpunkt höher als in Deutschland. Dabei hat die Divergenz im Preisanstieg in den letzten Jahren zugenommen. Zuletzt ging der Verbraucherpreisanstieg allerdings auf eine Jahresrate von 2 % zurück. Hier beginnen sich offensichtlich die Vereinbarungen der Regierung mit dem Einzelhandel über Preissenkungen auszuwirken.

Arbeitsmarktpolitische Reformen seit 2002

Die Regierung Berlusconi hat zu Beginn ihrer Regierungszeit 2001/2002 eine Reihe von Reformen in Angriff genommen, wobei allerdings die damaligen zunächst sehr anspruchsvollen Ziele des sogenannten „Paktes für Italien“ nur teilweise erreicht wurden. Neben der Reform der Alterssicherungs- und Gesundheitsfürsorgesysteme sowie der Privatisierungs- und Industriepolitik hat die Regierung vor allem versucht, im Rahmen einer konzentrierten Aktion Arbeitsmarktreformen voranzutreiben. Ziel ist es, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten und den Produktivitätsanstieg zu erhöhen.

Zunächst wurde der bis dahin sehr rigide Kündigungsschutz gelockert. So sind Kündigungen nunmehr auch möglich, wenn der Personalbestand infolge von Neueinstellungen die Zahl von fünfzehn Arbeitnehmern überschreitet. Damit wurde der Anreiz zu Neueinstellungen bei kleineren Unternehmen verstärkt. Gleichzeitig wurden die Dauer des Bezuges von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung auf zwölf Monate verdoppelt und die Leistungen erhöht; damit verbunden ist aber auch eine Ausbildungs- und Umschulungspflicht des Arbeitslosen. Private Arbeitsvermittlung auch für zeitlich begrenzte Arbeit wurde zugelassen, und die öffentliche Arbeitsverwaltung wurde mit dem Ziel einer effizienteren Vermittlung der Arbeitslosen reformiert – ähnlich wie es in Deutschland angestrebt wird.

Reformen am Arbeitsmarkt schaffen – für sich genommen – kaum neue Arbeitsplätze, zumindest nicht in Zeiten durchgängig hoher Arbeitslosigkeit und schwachen Wirtschaftswachstums. Eher schaffen sie die Voraussetzung dafür, dass es in einem anhaltend kräftigen Aufschwung nicht zu Engpässen kommt. Solche Engpässe könnten inflationäre Tendenzen und als Reaktion darauf eine restriktivere Wirtschaftspolitik auslösen, die das Andauern des Aufschwungs beeinträchtigt. Ein flexiblerer

Arbeitsmarkt schafft damit tendenziell ein höheres Wachstumspotential. Insoweit sind die Arbeitsmarktreformen durchaus als positiv zu beurteilen.

Geldpolitische Impulse bei restriktiver Finanzpolitik

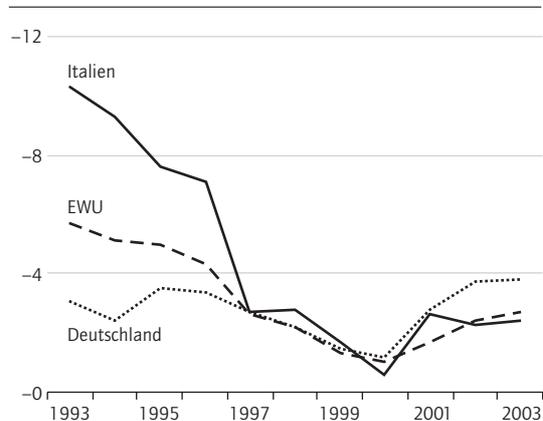
Dafür, dass das höhere Potential auch genutzt wird, ist die Wirtschaftspolitik verantwortlich, insbesondere die Geld- und die Finanzpolitik. Da Italien Mitglied des Euroraums ist, wird die Geldpolitik durch die Europäische Zentralbank vorgegeben. Italien war dabei in den letzten Jahren im Hinblick auf den Realzins in einer vergleichsweise günstigen Lage: Gemessen am HVPI lag die Inflationsrate merklich höher als im Durchschnitt des Euroraums und insbesondere als in Deutschland. Neben den rascher steigenden Lohnstückkosten spielte hier eine Rolle, dass die stark importabhängige Wirtschaft Italiens vom Anstieg der Rohstoffpreise besonders getroffen wurde. Zudem hob der Staat die administrierten Preise mehrmals deutlich an.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stand in den letzten Jahren allerdings die Finanzpolitik. Lag die Defizitquote der öffentlichen Haushalte zu Beginn der 90er Jahre noch bei fast 12 %, so gelang es Italien bis 1997, das Konvergenzkriterium für die Defizitquote mit 2,7 % zu erfüllen; es schnitt dabei sogar besser ab als Frankreich oder Spanien. Die Defizitquote erreichte im Jahre 2000 mit 0,6 % ihren niedrigsten Stand (Abbildung 4). Wegen der weiterhin hohen Staatsschuld war bis 2003 ein Budgetausgleich angestrebt worden. Tatsächlich

Abbildung 4

Entwicklung des Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte in Italien, Deutschland und der EWU 1993 bis 2003

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts



Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

hat sich die Situation bei den öffentlichen Haushalten aber vor allem wegen des geringen Wirtschaftswachstums verschlechtert: In diesem Jahr wird auch Italien wieder die 3%-Grenze überschreiten, und ohne zusätzliche Maßnahmen wäre für das Jahr 2005 gar eine Defizitquote von 3,9% zu erwarten.⁵

Um unter der 3%-Grenze zu bleiben, hatte die Regierung im Jahre 2001 begonnen, eine Reihe von – im Hinblick auf die Defizitberechnung allerdings umstrittenen – Maßnahmen zu beschließen. So gab es einen erheblichen Rückfluss von Geldern⁶ aufgrund einer mehrmals verlängerten bzw. erweiterten Steueramnestie, wobei eine Sonderabgabe auf die Kapitalrückflüsse zusätzliches Geld in das öffentliche Budget brachte. Daneben wurden Erlöse aus dem Verkauf staatlicher Immobilien und aus der Verbriefung künftiger Einnahmen der staatlichen Glücksspielgesellschaften erzielt.

Neben den Einmalmaßnahmen haben während der letzten Jahre vor allem zwei Dinge geholfen, das Defizit einzugrenzen und die Maastricht-Kriterien einzuhalten: Zum einen entwickelten sich die Steuereinnahmen aufgrund von Verbreiterungen der Bemessungsbasis (Abschaffung von zahlreichen Ausnahmetatbeständen) und der verschärften Erfassung trotz der wirtschaftlichen Schwäche verhältnismäßig günstig; zum anderen nahmen die Zinszahlungen auf die Staatsschuld bei laufender Umschuldung wegen im Durchschnitt niedrigerer Zinsen ab. Diese Faktoren werden in den nächsten Jahren nicht mehr so wirksam sein können. Immerhin sollen durch eine Neubewertung und den teilweisen Verkauf des – nach Einschätzung der OECD deutlich unterbewerteten – staatlichen Grundbesitzes die Staatsschuld wie auch die Zinslast zur Bedienung der Staatsschuld erheblich gesenkt werden. Zudem sind bis 2007 weitere Privatisierungen in Höhe von rund 25 Mrd. Euro jährlich geplant, und im staatlichen Rentensystem soll es deutliche Ersparnisse geben.⁷ Um bis zum nächsten Jahr unter die 3%-Grenze zu kommen, müsste Italien allerdings kurzfristig 24 Mrd. Euro einsparen oder die Steuereinnahmen erhöhen – Letzteres stünde indes in deutlichem Widerspruch zu der versprochenen, aber bis zuletzt immer wieder verschobenen Senkung der Einkommensteuersätze.

Zunehmende wirtschaftliche Probleme

Auf den ersten Blick scheint die wirtschaftliche Situation in Italien insgesamt nicht schlechter, sondern in Teilbereichen – insbesondere bei der Beschäftigungsentwicklung, aber auch beim Haushaltsdefizit – sogar besser zu sein als in den anderen beiden großen kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften. Das voraussichtliche Wirtschafts-

wachstum bis 2005 wird zwar etwas schwächer als in Frankreich ausfallen, aber stärker als in Deutschland. Seit langem diskutierte Reformen wurden realisiert, wenn auch nicht in dem Maße wie ursprünglich angekündigt.

Dieses zunächst nicht ungünstige Bild wird allerdings durch eine Reihe von Problemen getrübt, die die zukünftige Entwicklung belasten. Der Fortgang der Reformen ist politisch immer unsicherer geworden. Angesichts der besonders starken und zunehmenden Überalterung der italienischen Gesellschaft sind vor allem die Rentenreformen bisher unzureichend. Die budgetäre Entwicklung wird aber auch aus anderen Gründen mittelfristig vor Problemen stehen. Die Erfolge in den vergangenen Jahren wurden zu einem erheblichen Teil über Einmalmaßnahmen erzielt. Es ist unklar, wie die Erträge aus diesen Maßnahmen in Zukunft substituiert werden sollen, wozu sich die italienische Regierung gegenüber der Europäischen Kommission verpflichtet hat. Eine Verringerung des strukturellen Budgetdefizits um – wie gefordert – mindestens einen halben Prozentpunkt würde eine deutlich restriktivere Finanzpolitik bedeuten.

Italien kann allerdings hoffen, dass es aufgrund der schlechten Haushaltssituation in Deutschland und Frankreich und der damit verbundenen Diskussionen um eine Neuinterpretation des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mittelfristig mit einer toleranteren Beurteilung durch die Europäische Kommission rechnen kann. Als alternatives Signal für Haushaltsstabilität brachte der neue italienische Finanzminister Siniscalco kürzlich ins Spiel, sich künftig an der britischen Strategie der „golden rule“ auszurichten, nach der eine Neuverschuldung nur im Umfang öffentlicher Investitionen stattfinden soll. Allerdings dürfte dies auf absehbare Zeit nicht zu realisieren sein.

Aus der Perspektive der italienischen Regierung verständlich ist das starke Drängen auf europäische Infrastrukturprojekte, wobei man auf europäische Finanzierungen hofft, die das nationale Budget im Hinblick auf die Maastricht-Kriterien entlasten würden. Ein weiteres Motiv der Regierung dürfte sein, dass der Anteil der öffentlichen Investitionen in Italien im europäischen Vergleich der-

⁵ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2004. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2004, S. 641.

⁶ Bis zum Ende der ersten Steueramnestie im Mai 2002 insgesamt 56 Mrd. Euro, auf die eine Sonderabgabe von 2,5% zu entrichten war.

⁷ Insbesondere wird in den Jahren 2008 bis 2013 das Renteneintrittsalter für Männer von heute 57 auf 63 Jahre angehoben. Dies soll nach Angaben der Regierung zu Einsparungen in Höhe von 0,7% des BIP führen; von unabhängigen Experten wird der Effekt jedoch zumeist etwas geringer (auf 0,2 bis 0,4%) angesetzt. Vgl.: Berlusconi setzt Rentenreform mit Vertrauensfrage durch. In: Handelsblatt vom 30. Juli 2004.

zeit gering und die öffentliche Infrastruktur immer noch unzureichend ist. Auch dies schadet der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Nach Untersuchungen der OECD ist die Wettbewerbsfähigkeit ohnehin gerade in dem wichtigen Bereich der Hochtechnologie sehr schwach.⁸ Insgesamt war die Entwicklung der Unternehmensinvestitionen außerhalb des Baubereichs in Italien nach dem Boomjahr 2000 schwächer als in fast allen anderen europäischen Ländern. Zu diesem Bild gehört ebenfalls, dass immer wieder über ein ineffizientes Bankensystem und einen hohen Grad an Bürokratie geklagt wird.

Fazit

Die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Italiens hat sich in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert. Die Lohnstückkosten stiegen

gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums etwa doppelt so schnell. Der Preisanstieg im verarbeitenden Gewerbe liegt dauerhaft über dem europäischen Durchschnitt und über dem der Hauptkonkurrenten. Dies könnte eine spürbar restriktivere Ausrichtung sowohl der Lohnpolitik als auch der Finanzpolitik erforderlich machen. Zwar investierten die Unternehmen – wohl auch aufgrund des über viele Jahre aufgestauten Bedarfs – zuletzt wieder etwas stärker, und ein Produktivitätsanstieg ist zu verzeichnen. Nimmt jedoch das binnenwirtschaftliche Wachstum nicht rasch entsprechend kräftiger zu, könnte es mit der über mehrere Jahre realisierten kräftigen Beschäftigungsausweitung rasch zu Ende sein. Helfen könnte dann nur eine stärkere ökonomische Expansion im Euroraum insgesamt.

⁸ OECD Economic Survey Italy 2003, S. 40 und S. 198.



Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Diskussionspapiere

Erscheinen seit 1989

Nr. 454

A Computable General Equilibrium Assessment of a Developing Country Joining an Annex B Emission Permit Market

Von Claudia Kemfert und Hans Kremers
November 2004

Nr. 455

Self-Employment Dynamics Across the Business Cycle: Migrants Versus Natives

Von Amelie Constant und Klaus F. Zimmermann
November 2004

Nr. 456

An Economic Analysis of Security Policies

Von Tilman Brück
November 2004

Nr. 457

What Causes Cross-Industry Differences of Technical Efficiency? An Empirical Investigation

Von Michael Fritsch und Andreas Stephan
November 2004

Nr. 458

Are Migrants More Skilled than Non-Migrants? Repeat, Return and Same-Employer Migrants

Von Jennifer Hunt
November 2004

Nr. 459

Gewinnen arbeitgeberseitige Entlassungen an Bedeutung?

Von Marcel Erlinghagen
November 2004

Nr. 460

European Labour Mobility: Challenges and Potentials

Von Klaus F. Zimmermann
November 2004

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden (www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere).

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. habil. Björn Frank
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Abteilung
Information und Organisation zulässig.